

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1927.

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung.

Es wird die Beratung der Verwaltungsgruppe fortgesetzt.

GR. Hörmayer (E.L.) beschäftigt sich eingehend mit der Institution der Fürsorgeräte und bemerkt in einer Polemik gegen den Gemeinderat Hedorfer, dass auch diese Institution von den Sozialdemokraten politisiert worden sei. Die Anträge der christlichsozialen Fürsorgeräte werden in der Obmännerkonferenz gewöhnlich glatt abgelehnt. So wurde einer 73jährigen Pfründerin die Erhöhung der Pfründe deshalb verweigert, weil ihr arbeitsloser Sohn der Frontkämpferversicherung angehört. Die Höchstpfründen werden nur bevorzugten Parteileuten gegeben. Gemeinderat Reisinger hat festgestellt, dass ein Pfegling der Gemeinde Kosten von 30 Schilling in der Woche verursacht. Wenn man in der Gewährung der Höchstpfründen/nicht so sparsam wäre, könnte die geschlossene Fürsorge der Gemeinde wesentlich entlastet werden. Der Redner stellt den Antrag, dass allen 70 Jahre und darüber alten erwerbsunfähigen und hilfebedürftigen Befürsorgten der höchste Unterhaltsbeitrag im Ausmass von 40 Schilling monatlich anzuweisen ist. Er bespricht sodann die Verhältnisse in der geschlossenen Fürsorge und bestreitet die Behauptung des Gemeinderates Reisinger, dass es heute in der geschlossenen Fürsorge besser sei als früher. Wenn Gemeinderat Reisinger die Tage aufgezählt an denen die Leuten Braten verabreicht wird, so hat er einen Tag, den vor der Wahl vergessen. Vor der Wahl tun die Sozialdemokratischen Fürsorgeräte überhaupt alles um die Pfründerer dazu zu veranlassen sozialdemokratisch zu wählen. So sind die Pflinglinge des Versorgungsheimes im Werth in der Leopoldstadt vor der Wahl mit Autobus abgeholt und in die Volkoper geführt worden. Warum geschieht dies nicht auch sonst. Ueberhaupt möge Stadtrat Tandler mitteilen, in was für einem Verhältnis der Herr Wildner, der dort eine grosse Rolle spielt, zu diesem Versorgungsheim steht. Dort werden alle Gäste aus dem Osten einquartiert und vor den bevorzugt, offenbar damit die Leopoldstadt als Judoninsel nicht ausstirbt. Der Redner bespricht dann die Kohlenaktion und verlangt, dass nicht wieder ein Teil der für diese Zwecke vorgesehenen Summe für das nächste Jahr aufgehoben, sondern dass vor Weihnachten doch noch Kohlenkarten ausgegeben werden. Schliesslich beschäftigt er sich mit dem Bürgerspitalfond und bezeichnet das Vorgehen der Gemeinde gegenüber dem Bürgerversorgungshaus als modernes Raubrittertum. Er verlangt in einer Besprechung der Körpersportbewegung, dass auch den christlich-deutschen Turnervereinen entgegengekommen werden möge. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Binder (E.L.) wendet sich dagegen, dass Gesuche um Pfründererhöhungen erst nach einem Jahr des Pfründenbezuges möglich sind und verlangt, dass man jeden einzelnen Fall individuell behandeln möge. Es kommt vor, dass Leuten, die Altersrente beziehen die Unterhaltsbeiträge ganz eingestellt werden. Stadtrat Tandler möge dafür sorgen, dass sein Erlass eingehalten werde. Die einmaligen Aushilfen werden in einem vielzugerungen Betrage gewährt, ausserdem muss oft drei bis vier Monate gewartet werden, bis eine nochmalige Aushilfe möglich ist. Der Redner müsse mit

Bedauern feststellen, dass auch im Wohlfahrtswesen parteiisch vorgegangen werde. Er illustriert dies an zwei Beispielen. Einer Pfründerin, der die Pfründe eingestellt wurde, sagte der Fürsorgerat: Da kann man nichts machen! Sie sind ja eine Christlichsoziale! Wenden Sie sich an den Herrn Pfarrer, damit er für seine Pfarrkinder Sorge! Solche Bemerkungen sind ganz ungebührig. Einer anderen Pfründerin der die Pfründe eingestellt wurde sagte ein Fürsorgerat: Warum kommen Sie nur zur Gemeinde? Warum gehen Sie nicht ins Herzjesukloster oder in andere Klöster! Von der Gemeinde haben Sie schon so viel bekommen! Diese Bemerkungen der Fürsorgeräte sind protokollarisch festgestellt und ich ersuche den Herrn Stadtrat Tandler diesen Fällen nachzugehen.

Sämtliche Pfründer wurden vor der Wahl von den sozialdemokratischen Fürsorgeräten aufgesucht und durch Drohungen und andere Mittel eingeschüchtert, sie würden, wenn sie nicht sozialdemokratisch wählen, eine Erhöhung nicht bekommen oder es würde ihnen die Pfründe eingestellt werden. Ja man hat ihnen sogar gesagt, dass sie zur Wahl erst gehen dürfen, wenn sie abgeholt werden. Es ist ein Skandal, dass mit den Pfründerern so umgegangen wird. Der Redner bespricht sodann die Post "Inventar -Kleider und Wäsche, erhaltung" und verlangt Aufklärung darüber, warum diese Post gegenüber dem Jahre 1926 so ausserordentlich gekürzt worden sei. Er bespricht sodann die Verhältnisse im Kinderspital Schlachthausgasse und bemerkt, dass in diesem Spital die Wäsche vor einiger Zeit so schlecht war, dass die Kinder auf Lumpen gelegen sind. Auch wird darüber Beschwerde geführt, dass dort zu wenig geheizt wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Uebelhör (E.L.) bemerkt, gestern habe man wieder das Schauspiel sehen können, dass die reiche Gemeinde Wien in den Strassen für die Armen betteln lassen sei. Auf unsere Beschwerden wurden die Sammeltage, die in Wien veranstaltet werden auf fünf eingeschränkt. Wir würden es für notwendig halten, dass der Sammeltag für die Armen der Stadt Wien aufgehoben wird. Redner sei überhaupt dagegen, dass Gemeinden für die Armen sammeln und insbesondere dagegen, dass die reiche Gemeinde dies tue. Während Stadtrat Tandler sonst die private Fürsorge ausschalte, nehme er gerade für die Armen der Stadt die private Fürsorge in Anspruch. Das Ergebnis des Sammeltages ist 150.000 Schilling, das ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der Summe, die durch die Fürsorgeabgabe aufgebracht wird. Das Erträgnis des Sammeltages fällt daher nicht ins Gewicht. Auch kann man zur Unparteilichkeit der verschiedenen Organe die die Verteilung vornehmen, kein Vertrauen haben. Durch die Auflassung dieser Sammlung würde auch mehr Platz für die übrigen Sammlungen geschaffen werden. Der Redner stellt den Antrag, der Sammeltag für die Armen der Stadt Wien sei nicht mehr abzuhalten und ersucht im Interesse des Ansehens der Stadt diesen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Hengl (E.L.) bringt Beschwerden hinsichtlich der Gemeindefriedhöfe vor. Er weist darauf hin, dass die Städtung, die sich die Graberhaltung des bekannten Dichters Ferdinand Saar, dessen Grab sich in Oberdöbling befindet, durch die Inflation ihr Vermögen verloren habe. Die frühere Gemeindeverwaltung hat zu Ehren dieses Dichters den schönsten Platz in Döbling nach ihm benannt. Es wäre Pflicht der Gemeinde seine letzte Ruhestätte in ihre Obhut zu übernehmen, damit das Grab, das sich in einem unbeschreiblichen Zustand befindet, entsprechend ausgestaltet wird. Er wendet sich ferner dagegen, dass der Grinzinger Friedhof in die Kategorie der Nobelfriedhöfe eingereiht worden sei. Ein Grab das auf dem Sieveringerfriedhof zum Beispiel 210 Schilling kostet, kostet auf dem Grinzinger Friedhof 427 bis 570 Schilling. So kommt es, dass viele Grinzinger in anderen Friedhöfen bestattet werden müssen.



Er verlangt ferner, dass den religiösen Bedürfnissen der Besucher des Grinzinger Friedhofes Rechnung getragen und die notwendigen Reparaturen dort ehestens durchgeführt werden. Sehr merkwürdig sei es, welche Rechte sich die Gemeinde an den Grabsteinen und Kreuzen verfallener Gräber beilege. Er kritisiert sodann die Pfründnerjahren und erklärt schliesslich, dass er wegen der parteipolitischen Einstellung des Budgets gegen diese stimmen werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der körperlichen Erleichterung der Jugend. Seitdem die Sozialdemokratie in die Sportbewegung eingetreten ist, wurde diese politisiert. Die Sportbewegung wurde in zwei Lager gespalten, wovon das eine Lager, die Sozialdemokraten, parteipolitisch sind. Auch vom Sportbeirat der Gemeinde Wien kann man keine objektive Behandlung der Frage der körperlichen Erziehung der Jugend voraussetzen, da er ebenfalls parteipolitisch zusammengesetzt ist. Der Redner regt dann die Umwandlung der grossen Müllablagestelle in Hernals zu einem Sportplatz an und beschwert sich dann über kleinliche Einschränkungen des Skisports im Wienerwald. So dürfen die Skifahrer nicht auf der Hameustrasse und auf der Strasse zum Schottenhof nach Neuwaldegg fahren. Wenn sie dabei betreten werden, werden sie von der Wache angehalten und müssen zwei Schilling Strafe zahlen. Diese Einschränkungen aufzuheben, wäre höchste Zeit. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Tandler auf die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden. Er erklärt zunächst, dass die Behauptung des Gemeinderates Angermayer, die Gemeinde laufe den Reichen mit den Wahlwindeln nach, unrichtig sei. Bisher haben sich für den Bezug der Säuglingswäsche 11.366 Frauen angemeldet. Ausgegeben wurden 8880 Säuglingswäschepakete. Von diesen wurden nur 121 an Wöchnerinnen, die in einem Wiener Sanatorium entbunden haben, verteilt. Des weiteren führt Professor Tandler aus, dass eine Verordnung, wonach die Pfründen jährlich nur um zwei Schilling erhöht werden dürfen, nicht gibt. Allerdings habe die frühere christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit die Erhöhung der Pfründen so geordnet, dass Pfründen halbjährig nur um zwei Kronen erhöht werden durften. Was die Differenz der Verpflegskosten in Lainz und in anderen städtischen Anstalten anlangt, so erklärt sich diese daraus, dass in Lainz, wo die Verpflegskosten täglich mit S 3.60 berechnet werden, nicht so viel Wartung und Pflege der alten Leute notwendig sei, wie sie die Wartung von Kindern in städtischen Waisenhäusern erfordert. Bezüglich der Auflassung des Bürgerversorgungshauses erklärt Stadtrat Tandler, dass die alten Bürger mit allen ihren Privilegien ihr neues Heim beziehen können. Hinsichtlich der Steigerung des Belages der Landes-, Heil- und Pflegeanstalt am Steinhof erklärt der Redner, dass auf 500 Einwohner Wiens ein Irrenbett komme. Demgegenüber kommt in anderen Ländern und Städten ein Irrenbett schon auf 300, ja sogar schon auf 200 Einwohner. Auf die vorgebrachten Vorwürfe, dass zu wenig hohe Pfründen ausgegeben werden, erwidert Professor Tandler, dass von 43.771 Pfründen im Jahre 1914 nur 798 Höchstpfründen waren, während von 41.000 Pfründen im Jahre 1927 3117 Höchstpfründen sind. Auf die Vorwürfe der Minderheit, dass Subventionen nach parteipolitischen Gesichtspunkten gegeben werden, erklärt Stadtrat Professor Tandler, dass dies unrichtig sei. Während beim Bund für das Jahr 1928 eineinhalb Milliarden Subventionsgelder bereitgestellt sind, die allerdings nicht im Bundesvoranschlag verzeichnet sind, hat die Gemeinde Wien die Subventionen in ihrem Budget berücksichtigt, was man also nur eine aufrichtige Budgetierung nennen kann. Der Vorwurf, dass die Schlosskapelle am Wilhelminenberg <sup>in</sup> ein Kino umgewandelt wurde, ist ebenfalls nicht richtig. Der Erzherzog hat einer Reihe von Menschen den Auftrag gegeben, den Inhalt der Kapelle zu entfernen. Diese Leute haben den Auftrag dermassen durchgeführt, dass von der Kapelle nur vier

leere Mauerwände übrig geblieben sind. Man kann also nicht behaupten, dass aus einer Kapelle ein Kino gemacht wurde. Unrichtig ist es auch, dass Altersfürsorgeregentern die Pfründe gestrichen wird. Von 6766 Menschen, die am 1. Oktober als Altersfürsorgeregentner anerkannt wurden, sind nur 312 Pfründner. Denen wird jedoch die Pfründe nicht gestrichen, sondern nur gekürzt, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen die Pfründe gestrichen werden müsste. Schliesslich ersucht Professor Tandler, das Budget zu bewilligen. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Gemeinderates Kunschak wird nun das Budget der Verwaltungsgruppe III angenommen. Die Anträge der Gemeinderäte Stöger und Uebelhör <sup>werden</sup> erst der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird nunmehr die Verwaltungsgruppe IV in Verhandlung gezogen.

Stadtrat Weber erstattet das Referat zu dieser Gruppe und wendet sich einleitend dagegen, dass aus einer Minderung der Ansätze für den Wohnhausbau im heurigen Budget auf eine Reduzierung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde geschlossen werde. Die Gemeinde wird ihrem Versprechen gemäss auch in diesem Jahre, wie seit dem Jahre 1923 sechstausend Wohnungen bauen. Dass die Budgetpost im heurigen Jahre gegenüber den Jahren 1925 und 1926 geringer ist, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass infolge der notwendigen Vorbereitungsarbeiten in den Jahren 1923 und 1924 nicht schon mit der vollen Bautätigkeit begonnen werden konnte und dass daher in den folgenden beiden Jahren, 1925 und 1926, der in den beiden vorangegangenen Jahren entstandene Rückstand nachgeholt werden müsste. In den Jahren 1925 und 1926 sind nicht sechstausend, sondern achttausend, beziehungsweise zehntausend Wohnungen in Bau genommen worden. Das Bauprogramm enthält also das, was der Gemeinderat beschlossen und was die Mehrheit des Gemeinderates anlässlich der Wahlen der Bevölkerung versprochen hat. Das Bauprogramm von 25.000 Wohnungen geht seiner Realisierung entgegen. Am 30. November d.J. waren bereits 21.666 Wohnungen besiedelt. Am gleichen Tage waren 8334 Wohnungen im Bau, wovon 5000 aus dem Programm des Jahres 1927 stammen, das als Ergänzungsprogramm zu dem seinerzeitigen Wohnbauprogramm beschlossen wurde. Trotz der Befreiung der Neubauten vom Mieterschätz, trotz aller Steuer- und Bauerleichterungen kommt die private Bautätigkeit nicht in Fluss. Die Gemeinde Wien ist auch gegenwärtig noch der einzige Bauherr. Von Jahre 1923 bis 1926 wurden in Wien durch Private im ganzen 1791 Wohnungen,

im Jahre 1927 bis zum 1. November 596 Wohnungen gebaut. Der Wohnbedarf ist noch immer ungeheuer gross. Beim Wohnungsamt sind gegenwärtig rund 16.000 Ansuchen vorgemerkt, wovon aus dem Jahre 1922 bis 1925 5768 stammen. Vom 1. Jänner 1926, dem Zeitpunkt des Erläschens des Wohnungsanforderungsgesetzes, bis Ende 1927 sind 5230 Wohnungslose vorgemerkt, so dass inklusive der <sup>5000</sup> Tauschansuchen insgesamt 16.016 Ansuchen vorliegen. Die Prüfung dieser Ansuchen erfolgt nach wie vor nach dem Grundsatz des Punktsystems. Die Voraussetzungen auf Grund des Anforderungsgesetzes konnten nicht zur Gänze befriedigt werden, weil von Monat zu Monat dringliche und unaufschiebbare Wohnungsansuchen auftreten. Bei der Bekämpfung der Wohnungsnot hat sich der Entgang der Verfügungsgewalt über die privaten Wohnungen seit Erlöschen des Anforderungsgesetzes sehr unangenehm fühlbar gemacht. Bis zum 1. November d.J. wurden 5939 Vermietungen im Neubauten einschliesslich der Siedlungsbauten vorgenommen, in alten Wohnungen 2824, zusammen 8763. Die Zahl der Vermietungen beziehungsweise der Zuteilungen in alten Häusern ist ziemlich gross. Sie ist auf den Wohnungstausch zurückzuführen, der soweit es möglich ist, von der städtischen Wohnhauserverwaltung durchgeführt wird. Trotz der oben erwähnten Schwierigkeiten ist es gelungen, die allerdingendsten Fälle zu befriedigen.



Die Obdachlosigkeit in Wien ist erstaunlich gering und andere Grosstädte, die eine freie Wohnungswirtschaft haben, können uns darum beneiden. Das ist darauf zurückzuführen, dass bei der Vergebung der Wohnungen mit einer gewissen Strenge vorgegangen wird. Wenn

in Wien trotzdem eine ziemlich grosse Anzahl von Obdachlosen gibt, erklärt sich dies daraus, dass viele dieser Obdachlosen das Geld für ein eigenes Obdach nicht haben. Die Wohnungsnot ist noch immer ungeheuer gross und sie wird auch noch Jahre andauern. So rasch ist das Wohnungsdefizit, das während des Krieges und unmittelbar nachher entstanden ist, nicht einzuholen. Das ist auch weder finanziell

möglich, noch ist es auch nötig, das Wohnungsdefizit mit einem Mal zu beheben. Wenn man bedenkt, dass gegenüber dem Jahre 1913 rund 118.000 Kinder weniger in Wien leben, so ergibt sich schon daraus, dass in späteren Jahren die Zahl der Haushaltungen und damit die Zahl der Wohnungsbedürftigen geringer werden wird, und in dieselbe Richtung weist der stetige Rückgang an Eheschliessungen. Im Jahre 1926

ist die Zahl der Haushaltsgründungen auf 16.238 gesunken, im Jahre 1927 wird sie auf rund 14.000 geschätzt, so dass angenommen werden kann, dass mit einem Bau von 6000 Wohnungen im Jahre in den nächsten Jahren das Auslangen gefunden werden kann. Stadtrat Weber beschäftigt sich sodann mit der Erhaltung des alten Wohnungsbestandes und stellt fest, dass die Wiener Häuser im allgemeinen als gut erhalten bezeichnet werden können, und dass in den letzten zwei bis drei Jahren sehr viel nachgeholt wurde, was in der Vergangenheit verstimmt worden war.

Die Schlichtungsstellen haben eine sehr wichtige Funktion zu erfüllen. In Jahre 1925 wurden die Schlichtungsstellen in 20.537 Fällen angerufen, im Jahre 1926 in 19.713 und in den ersten zehn Monaten dieses Jahres in 18.275 Fällen. Im Jahre 1925 wurde die Erhöhung des Instandhaltungszinses in 13.464 Fällen zugestimmt, im Jahre 1926 in 12.984, im Jahre 1927 in 11.969 Fällen. Was die Höhe des zugestimmten Instandhaltungszinses betrifft, /

er schwankt dieser zum Grossteile allenfalls vom 500fachen bis zum 1800fachen. Der Zweitausendfache bis Zweitausendsechshundertfache Instandhaltungszins wurde in 540 beziehungsweise 788 Fällen in den beiden letzten Jahren anerkannt. Der 3000fache im Jahre

1925 in 376 Fällen, im Jahre 1926 in 605 und im Jahre 1927 in 468 Fällen. Ueber dem 3000fachen Instandhaltungszins hinaus sind im Jahre 1927 in ganzen 466 Steigerungen erfolgt. Durch die Entscheidungen der Schlichtungskommissionen wurden für die Instandhaltung aufgewendet im Jahre 1925 29.327.000 Schilling, im Jahre 1926 38.937.000 und in den ersten zehn Monaten d. J. 30.280.000 Schilling. Darüber hinaus hat die Gemeinde durch Ersatzausführungen im Jahre 1927 498 Wohnungen und zehn Geschäftslokale dem Wohnungsmarkt erhalten. Die Zahl der Ersatzausführungen seit dem Jahre 1922 beträgt 6532 Wohnungen und 372 Geschäftslokale. Durch diese Fürsorge ist es auch möglich, den alten Wohnungsbestand möglichst lange zu erhalten, d. h. den Abbruch zu verhindern. Der Abbruch war in der Vorkriegszeit ein ungleich grösserer, als heute, da nicht nur unbewohnbare Häuser niedergelegt wurden, sondern auch solche, an deren Stelle man rentablere Bauten setzen wollte. Im Jahre 1913 wurden in Wien insgesamt 816 Wohnungen der Demolierung zugeführt, vom Jahre 1919 bis 1927 500.

Stadtrat Weber kommt sodann auf den Wohnungsnachweis zu sprechen und hebt hervor, welche besondere Wichtigkeit für Wohnungsnachweis seit dem Erlöschen des Wohnungserforderungsgesetzes zukommt. Der Wohnungsnachweis ist die Stelle, bei der freiverdende Wohnungen gemeldet werden sollen, bei der die Wohnungsuchenden, die durch die Gemeinde nicht befriedigt werden können, erfahren können, wo die Wohnung oder

ein Geschäftslokal frei ist und wo sie allenfalls als Untermieter unterkommen können. Ein Wohnungsnachweis in diesem Sinne ausgestaltet, hätte eine ungeheure soziale Bedeutung. Leider wird aber dieser Wohnungsnachweis bei uns sabotiert, vor allem deshalb, weil das Gesetz nicht ausreicht. Stadtrat Weber spricht den Wunsch aus, dass wenn schon der Bund zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch Bauten nichts beiträgt, er doch wenigstens durch Schaffung eines modernen Wohnungsgesetzes, wie es andere Staaten schon zum Teil in der Vorkriegszeit hatten, die Führung eines Wohnungsnachweises ermöglichen sollte. Wie sehr der Wohnungsnachweis sabotiert wird, beweist der Umstand, dass im Jahre 1926 7012, im Jahre 1927 nur 5481 Wohnungen angezeigt wurden, Umschreibungen im Jahre 1926 1794, 1927 nurmehr 611, Wohnungsfäusche im Jahre 1926 3437, im Jahre 1927 nur mehr 1872. Die Zahl der gerichtlichen Kündigungen ist dank dem Mietengesetz von 124.601 im Jahre 1913 auf 13.209 im Jahre 1926 zurückgegangen. Dagegen hat die Zahl der reaktiven Kündigungen, die im Jahre 1913 1236 betragen hat, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1927 1814 betragen. Diese ausserordentlich grosse Zahl beweist, wie ungerechtfertigt das Gesetz über die durch den Mieterschutz verursachten Kündigungsbeschränkungen ist, als beweist, dass auch das heutige Mietengesetz reichlich viele Handhaben zu Kündigungen bietet und sie beweist auch, wie recht wir haben, wenn wir die aus früherer Zeit vorgemerkten zurückstellen, um den dringendsten Bedarf zu befriedigen.

Stadtrat Weber spricht sodann über die Häuserverwaltung der Gemeinde und gibt bekannt, dass gegenwärtig 34.000 Wohnungen und 21.431 Geschäftslokale in der Verwaltung der Gemeinde stehen. Rechnet man die in den Objekten der Betriebe, Unternehmungen und Anstalten erhaltene 5612 Wohnungen dazu, so gibt es eine Gesamtzahl von 39.612 durch die Gemeinde verwalteten Wohnungen, eine Zahl, die heute schon hinreicht, um die Preisbildung auf dem Wohnungsmarkt zu beeinflussen. Erfreulicherweise bereitet allen Befürchtungen zum Trotz die Verwaltung dieses grossen Wohnungsbestandes, für die es in der ganzen Welt kein Gleichnis gibt, keinerlei Schwierigkeiten. Zum Schluss gedenkt Stadtrat Weber der Steigerung der Post für die Förderung des Kleingartenwesens und spricht den Wunsch aus, dass es der Gemeinde durch die Schaffung eines Enteignungsgesetzes bald ermöglicht werde, der Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Bereitstellung der erforderlichen Baugründe ergeben, Herr zu werden. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit).

GR. Doppler (E. L.) bemerkt, dass der ganze Voranschlag, der durch die Einschränkung der Mittel für den Wohnhausbau gekennzeichnet ist, Heuer sind für diesen Zweck um rund 42 Millionen Schilling weniger präliminiert, als im Vorjahre. Zu den Erklärungen des Stadtrates Weber, dass es sich hier nicht um eine Reduzierung des ursprünglichen Programmes, sondern um ein Einholen früherer Versäumnisse handelt, ist festzustellen, dass die einzelnen Referenten, die über diesen Gegenstand sprechen, einander widersprechen. Tatsache ist, dass eine Reduzierung vorliegt. Ob diese Einschränkung darauf zurückzuführen ist, dass der Finanzreferent nun doch einmal zur Einsicht gekommen ist, dass die Bevölkerung die bisherige Ausplünderung nicht mehr verträgt, oder ob diese Sinnesänderung unter dem Druck der ausländischen Geldgeber anlässlich der Aufnahme der Dollaranleihe zustande gekommen ist, ist gleichgültig. Für uns ist die Tatsache entscheidend. Wir haben uns nie gegen den Wohnhausbau gewendet, sondern immer den Standpunkt vertreten, dass öffentliche Körperschaften und vor allem Länder und Gemeinden, dort, wo eine Wohnungsnot besteht, für eine



Vierter Bogen.

serung zu sorgen. Wir haben uns nur dagegen gewendet, dass die Gemeinde die Mittel hierfür aus den laufenden Steuergeldern aus der Wirtschaft herauspresst. Es beliebt der Mehrheit, hier regelmässig einen kleinen Dreh zu machen und zu behaupten, wir wollen nicht, dass Wohnungen gebaut werden, wir wollen nur für die Interessen der Hausbesitzer eintreten. Wenn der Finanzreferent sich zu einer Anleihe für gewisse Investitionszwecke entschlossen hat, so meinen wir, man wird daran gehen müssen, auch die Gelder für den Wohnhausbau auf andere Weise zu beschaffen. Der Redner wünscht eine Steigerung der Post für die Uebersiedlungshilfe und bemängelt, dass die Ausgaben nicht gesondert für die Wohnungsbauten und für das Siedlungswesen ausgewiesen sind. Vielleicht geschieht das deshalb nicht, weil es der Gemeinde nach dem Städtebaukongress im vorigen Jahre unangenehm ist, bekanntzugeben, wie wenig für den Siedlungsbau getan hat. Der Redner rechnet sodann aus der im Jahre 1926 ausgewiesenen Zahl von Wohnungen und Geschäften und aus der für dieses Jahr ausgewiesenen Zahl von Mietparteien eine Differenz von 947 und verlangt ihre Aufklärung und stellt fest, dass die Angaben über die Zahl der Wohnungen in den Wohnhausbauten überhaupt sehr stark differieren.

In den statistischen Mitteilungen der Stadt Wien wird die Zahl der Wohnungen, die von der Gemeinde bis 1. Juni 1926 geschaffen worden sind, mit 9300 angegeben. In der Grundsteinurkunde für die fünf- undzwanzigtausendste Wohnung sind nur 8953 Wohnungen angegeben. Woher kommt diese Differenz und welche Zahl ist eigentlich richtig? Bei solchen Widersprüchen ist es kein Wunder, wenn die Minderheit zu diesen Veröffentlichungen kein Vertrauen hat.

Skandalös ist auch, wie die Gemeinde bei ihren Bauten immer wieder ausländische Firmen bevorzugt. Bei den Wäschereien werden die Gasbügelleisen, die Kompressoren bei einer Hamburger Firma bestellt.

G.R. Kunschak: Da wird der Fuchs noch Ehrenbürger von Hamburg werden! (Heiterkeit)

G.R. Doppler: Der Vertreter dieser Firma ist ein Wiener Jude, der bei der Gemeinde sehr gut angeschrieben ist. Aber die Steuergelder werden aus der Wiener Bevölkerung herausgepresst und dürfen nicht für Lieferungen an ausländische Unternehmungen verausgabt werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

Ein Kapitel für sich ist die Vergebung der Wohnungen. Hier haben wir alle Ursache zur bitteren Klage. Auch die Insassen der Gemeindehäuser werden wie Leibeigene behandelt. Unmittelbar nach den Wahlen hat man die Bewohner zusammengeholt und ihnen die Leviten gelesen, weil auch Stimmen für die Einheitsliste abgegeben worden sind. Das ist eine Sklavenwirtschaft! Aber unerträglich ist die Art der Wohnungsvergebung. Sie haben die Wohnungsvergebung vollständig der Kontrolle entzogen und sie einem Parteimann übergeben, der widerrechtlich im Wohnungsamt sitzt. Täglich kommen Leute zu mir, die Dinge erzählen, die geradezu haarsträubend sind. Nur einige Fälle will ich heute anführen. In der Lacknergasse ist ein Sekretariat der sozialdemokratischen Partei. Dort werden Passierscheine für das Wohnungsamt ausgegeben. Es ist dies die amtliche Drucksorte, die sich in grosser Menge in der Verwahrung des dort amtierenden Bezirksrates Renner befindet. Dort werden auch Passierscheine zum Gemeinderat Reismann ausgegeben. In diesem Lokal verkehren die Gemeinderäte Schön, Schneider und Jenschik.

G.R. Jenschik (Sozialdemokrat): Dort ist alles gut organisiert!  
G.R. Kunschak: Stimmt, der Amtsmisbrauch!

G.R. Doppler: Was sich in Hernals abspielt, finden wir gewiss auch in den anderen Bezirken, die doch nicht bescheidener sein werden. Dann kommen Dinge heraus, die skandalös sind. Ein Mitglied des republikanischen Schutzbundes war noch nicht lange vorgemerkt und hat eine Wohnung erhalten. Wir haben nichts dagegen, aber warum wird ein anderer Wohnungssuchender der nicht beim Schutzbund ist mit fünf Kindern abgewiesen? Einem kinderlosen Ehepaar wird eine Wohnung zugewiesen, weil der Mann Setter der Arbeiter-Zeitung ist. Einer Familie mit nur einem minderjährigen Kind werden gleich fünf Räume zugewiesen.



... ohne Qualifikation erhalten Wohnungen, während beispielsweise der Strassenbahner Petrik der delogiert und seit dem Sommer wohnungslos ist, keine Wohnung bekommen kann, weil er nicht klassifiziert ist. Eines müssen wir verlangen, dass die Menschen gleichmässig behandelt werden. Wie tief diese Verpolitisierung im Wohnungsamt bereits eingefressen ist, zeigt der Fall Petrik. Im Bahnhof hat man ihn gesagt, die Liste müsse erst zum Bezirksvorsteher Klepell kommen. Was hat der damit zu tun? Oder es wird den Parteien auch vom Referenten gesagt, der Fall kommt in die Sitzung. So wird die Bevölkerung offiziell im Wohnungsamt irre geführt. Weil nun Petrik sich erlaubt hat zu mir zu gehen, musste er das büssen. Man sagte ihm im Bahnhof, er soll dort hingehen, wo er schon gewesen ist. Das sind Zustände, die unerträglich sind. In Meidling ist ein schwer Nervenkranker, der Jahr für Jahr zum Wohnungsamt geht und dem man schliesslich ein Kabinett zuweisen will, das er aber nicht nehmen kann, weil er nicht in der Lage ist, sich dort zu bewegen. Dagegen hat man einem Mitglied des Schutzbundes eine Zweizimmerwohnung zugewiesen. Man schickt Menschen, die zwei bis drei Jahre verheiratet sind, ein amtliches Schreiben, das einer Prozelei gleichkommt.

Gemeinderat Doppler verlangt dann dringend die Schaffung einer wirklichen und aktionsfähigen Wohnungskommission und erklärt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung diesem Verlangen unbedingt Rechnung tragen müsse. Es ist nicht richtig, dass der Rückgang der Geburten und Eheschliessungen die Zahl der notwendigen Wohnungen reguliere. Wenn eine vernünftige und gesunde Wohnungspolitik gemacht wird, werden sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt bessern. Auch auf dem Gebiete des Mieterschutzes müssen Sie Umkehr machen. Wir sind für den Mieterschutz. Es ist eine Unterschiebung, wenn Sie behaupten, dass wir Gegner des Mieterschutzes sind. Der Zeit aber muss Rechnung getragen werden und dem widersetzen Sie sich ununterbrochen mit Schlagworten. Die Zeit aber wird stärker sein als Ihre parteipolitische Damagogie und deshalb hoffen wir, dass Sie gezwungen sein werden, in der nächsten Zeit einen neuen Weg einzuschlagen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Millik (E.L.) nimmt zu dem Heiligenstädterbau Stellung. Auf dem Gelände, wo dieser Bau aufgeführt wurde, sind zwei grosse Fehler geschehen. Aber nicht der Techniker, sondern der Parteipolitiker hat diese Fehler verschuldet. Das Gelände ist 240.000 Quadratmeter gross. Wenn man ein Drittel der Fläche für Strassen und Wege abzieht, bleiben noch 160.000 Quadratmeter. Auf diesen hätte man 320 von Gärten und Parkanlagen umgebene Vierfamilienhäuser errichten können. Das aber ist nicht geschehen und statt einer Gartenstadt wurden kalte, hohe Zinskasernen errichtet, die auf krüppelhaften Betonpiloten aufgebaut sind. Dies haben Sie getan, um einen grossen Sammelplatz für Ihre Parteigenossen zu haben. Ein grosser Uebelstand in den städtischen Wohnhausbauten ist die Rauchfangplage. Es ist Vorschrift, dass der Zylinderquerschnitt der Kamine 16 Zentimeter im Quadrat betragen soll. Es sind aber Fälle vorgekommen, wo Kamine abgebaut wurden und wo in Kaminen Ziegel und Eisenstücke drinnen liegen. Früher mussten die Rauchfangkehrer bei Neubauten Kaminbefunde vorlegen. Das geschieht heute alles nicht mehr. In einen Gaskamin werden auch Kohlenöfen eingeleitet und dadurch wie auch durch Senkungen, die vorkommen, werden die Parteien doppelt gefährdet. Ich wünsche nur, Herr Stadtrat Weber, dass Sie den technischen Beamten des Bauamtes wieder ihre Macht geben mögen. (Beifall). Gemeinderat Millik verlangt dann, dass auch bei der Vergabe von Neubauten auf die kleinen Baumeister Rücksicht genommen werden

solle und schliesst mit der Erklärung, dass er erst nach Abschluss der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses für die Gebrechen an städtischen Neubauten zu den vielen dadurch entstandenen Fragen Stellung nehmen werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Ullreich (E.L.) nimmt sehr ausführlich zu einzelnen Posten des Budgets Stellung. Die Tätigkeit des Ausschusses für Wohnungswesen bezeichnet er als eine missbräuchlich parteipolitisch eingestellte Wirtschaft. (Beifall). Die Stellung des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt muss ebenfalls als ein Unfug bezeichnet werden. Schaffen Sie bald die Wohnungskommission und der <sup>grosse</sup> Andrang der Parteien wird aufhören und der Vizestadtrat Reismann wird entbehrlich werden. GR. Ullreich nennt manche Ziffern des Voranschlags für rätselhaft und ersucht um diesbezügliche Aufklärungen. Er stellt den Antrag, im Sondervoranschlag und Rechnungsabschluss die Zahl für <sup>alte</sup> Wohnhäuser, für Siedlungsbauten und für fertiggestellte Neubauten getrennt auszuweisen, und den Magistrat zu beauftragen, für 1928 einen getrennten Nachweis nachzubringen. Ein zweiter Antrag des Gemeinderates Ullreich geht dahin, die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen im Sondervoranschlag und Rechnungsabschluss getrennt auszuweisen und den Magistrat zu beauftragen, einen solchen Nachweis für 1928 beizubringen.

Schliesslich verlangt Gemeinderat Ullreich, dass die Gemeinde gegen die Obstschädlinge in den Kleingärten, insbesondere gegen die Blausäule einen energischen Kampf eröffne. Die niederösterreichische Landesregierung hat am 9. Dezember 1925 eine diesbezügliche Verordnung herausgegeben, die auch auf Wien angewendet werden könnte. (Beifall)

Gemeinderat Daffinger (E.L.) sagt, dass zwischen den Worten der Referenten und der Wirklichkeit ein grosser Widerspruch kenne. Die antwortführenden Stadträte bringen für die berechtigten Klagen der Minderheit wenig Verständnis auf. Gewiss, die Zahl der Qualifizierten geht von Jahr zu Jahr zurück, weil nichts mehr qualifiziert wird. Seit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes haben Sie es sich sehr leicht gemacht und nehmen Vormerkmale nicht mehr entgegen. Auch die Zahl der Obdachlosen ist nicht gering und man müsste doch einmal Räume schaffen, damit diese armen Teufel in der harten Jahreszeit eine Unterkunft haben. Die Gemeinde hebt heute einen Instandhaltungszins ein, der nicht gering ist. In den alten Häusern kann aber mit dem gesetzlichen Instandhaltungszins nicht das Anslangen gefunden werden, weshalb auch die grosse Zahl der Veranlagungen vor den Schlichtungsstellen erklärlich ist. Die Mehrheit hat in der Wahlbewegung uns als Feinde des Mieterschutzes hingestellt. Wir wollen aber keineswegs den Abbau des Mieterschutzes, sondern ein vernünftiges Mietengesetz. Es geht nicht an, dass der Reiche oft nur ein Zigarettegeld als Zins zahlt, während der arme Arbeiter in einem verfallenen Haus das sechs- bis siebentausendfache zu zahlen hat. (Lebhafter Beifall)

Die Vorsitzende Gemeinderätin Wielach unterbricht nun den Redner, der seine Ausführungen morgen 4 Uhr nachmittags fortsetzen wird. Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts.

Der Gemeinderat wurde bis einschliesslich Freitag einberufen um die Budgetverhandlungen fortzusetzen. Die Sitzungen beginnen immer um 4 Uhr nachmittags.